

Öffentliche Niederschrift der 20. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung

Sitzungstermin: Dienstag, 12.11.2024
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 19:42 Uhr
Ort: Rathaus, Raum Nr. 102, 1. Etage (großer Sitzungssaal), Hubertusstraße 17, 52477 Alsdorf

Anwesenheitsliste

Anwesend

Vorsitz

Herr Stv. Franz Brandt - CDU-Fraktion

Stimmberechtigte Mitglieder

Name

Bemerkung

Herr Stv. Stefan Breuer - SPD-Fraktion

Herr Stv. Ingo Gardlowski - SPD-Fraktion

Vertretung für: Herr Stv. Manfred Held

Herr Stv. Detlef Loosz - SPD-Fraktion

Frau Stv. Petra Odenbreit - SPD-Fraktion

Herr Stv. Tino Schwedt - SPD-Fraktion

Herr Stv. Sadi Ünal - SPD-Fraktion

Herr Stv. Jörg Willms - SPD-Fraktion

Herr Stv. Fabian Dohms - CDU-Fraktion

Herr Stv. Ronny Niessen - CDU-Fraktion

Herr Stv. Florian-Paul Weyand - CDU-Fraktion

Herr Frank Breuer - CDU

Herr Rainer Janssen - B'90/DIE GRÜNEN

Herr Thomas Hermanns - B'90/DIE GRÜNEN

Beratende Mitglieder

Name

Bemerkung

Herr Andre Bischoff - FDP

Herr Kim Pruss - SPD

Vertretung für: Herr Joachim Schümers

Herr Franz-Dieter Lothmann - CDU

Herr Michael Donner - CDU

Verwaltung

Name

Bemerkung

Herr Technischer Dezernent Andreas Dziatzko - Dezernat II

Herr Carsten Eifler - A 60 - Bauverwaltungsamt

Frau Dominika Wirtz - A 66 - Eigenbetrieb Technische Dienste

Herr Uwe Schulz - A 61 - Amt für Planung und Umwelt

Frau Miriam Molitor - A 61 - Amt für Planung und Umwelt

Herr Florian Preusse - A 61 - Amt für Planung und Umwelt

Herr Lukas Bahnen - A 61 - Amt für Planung und Umwelt

Herr Timo Sachsen - A 61 - Amt für Planung und Umwelt

Herr Nick Dillgard - A 61 - Amt für Planung und Umwelt

Schriftführung

Name

Bemerkung

Frau Claudia Kiziloglu - A 66 - Eigenbetrieb Technische Dienste

Vertretung für: Herr Jan Haag

Abwesend

Vorsitz

Name

Bemerkung

Herr Stv. Heinrich Plum - SPD-Fraktion

entschuldigt

Stimmberechtigte Mitglieder

Name

Bemerkung

Herr Stv. Manfred Held - SPD-Fraktion

entschuldigt

Herr Josef Nevelz - SPD

unentschuldigt

Herr Hans-Peter Schoof - AfD

unentschuldigt

Beratende Mitglieder

Name

Bemerkung

Herr Leo Bernard Lausberg - SPD

unentschuldigt

Herr Joachim Schümers - SPD

entschuldigt

Herr Johann-Josef Kuntz - B'90/DIE GRÜNEN

unentschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
1	Eröffnung der Sitzung	
2	Fragestunde für Einwohner/innen der Stadt Alsdorf gemäß § 17 der Geschäftsordnung	
3	Bericht der Verwaltung	2024/0316/A12
4	Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW); hier: Petition für mehr Verkehrsberuhigung in der Theodor-Seipp-Straße und der Aufstellung von Verkehrsspiegeln an der Ausfahrt der Toni-Baumanns-Straße in die Theodor-Seipp-Straße und an der Einfahrt von der Theodor-Seipp-Straße in die Elisabeth-Selbert-Straße	2024/0299/A32
5	Widmung von Straßen im Stadtgebiet; hier: Alsdorf-Mitte Teil 2	2024/0301/A60
6	Sachstandsbericht des Eigenbetriebs Technische Dienste zu laufenden und noch durchzuführenden Baumaßnahmen im Bereich Straßen und Friedhöfe	2024/0315/A60
7	Antrag der GRÜNE-Fraktion vom 09.10.2024 hier: Neuaufstellung der Energie- und Versorgungsplanung in Alsdorf - Informationen aus Verwaltung und städtischen/regionalen Gesellschaften zum aktuellen Sachstand	2024/0351/A60
8	Änderung der Gestaltungssatzungen Alsdorf-Busch und Alsdorf Blumenrath; hier: Antrag der SPD-Fraktion im Rat der Stadt vom 26.07.2024	2024/0307/A61
9	Fraktionsantrag der GRÜNE-Fraktion im Rat der Stadt vom 18.09.2024; hier: Einrichtung von Schulstraßen	2024/0327/A61
10	Neuaufstellung Regionalplan; hier: Beschluss über die Stellungnahme zur erneuten Offenlage des Regionalplanes	2024/0353/A61
11	Anfragen und Mitteilungen	

TOP	Betreff	Vorlage
11.1	Anfragen und Mitteilungen - Anfrage der GRÜNE-Fraktion vom 09.10.2024; hier: Stadtexperiment Bahnhofstraße	2024/0329/A12
11.2	Anfragen und Mitteilungen - Anfrage der GRÜNE-Fraktion vom 09.10.2024; hier: RegioTram	2024/0330/A12
12	Antrag Grüne-Fraktion vom 30.10.2024; hier: Umsetzung der satzungsgemäßen Streusalzverbotsregelung	2024/0355/A66
13	Bestellung einer Schriftführerin für den Ausschuss für Stadtentwicklung	2024/0379/A12

Nichtöffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
1	Bericht der Verwaltung	2024/0318/A12
2	Beauftragung des Eigenbetriebs Technische Dienste mit der Umsetzung einer investiven Straßenbaumaßnahme; hier: Ausbau der Jakobstraße	2024/0306/A60
3	Kommunale Wärmeplanung hier: Auftragsvergabe	2024/0308/A60
4	Barrierefreier Ausbau von 50 Bushaltestellen; hier: Auftragserteilung der Bestandsvermessung	2024/0317/A66
5	Anfragen und Mitteilungen	
6	Erschließung B-Plan 342 - Zollernstraße; hier: Erhöhung des Ingenieurauftrages	2024/0363/A66

Protokoll

Öffentlicher Teil

Zu 1 Eröffnung der Sitzung

Herr Stv. Brandt, CDU-Fraktion, vertritt Herrn Stv. Plum bei der Leitung der heutigen Sitzung.

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende, Herr Stv. Brandt, begrüßt die Damen und Herren des Ausschusses für Stadtentwicklung, den Vertreter der Presse, die erschienenen Zuhörer/innen und die Mitarbeiter/innen der Verwaltung.

Anschließend stellt der stellvertretende Ausschussvorsitzende, Herr Stv. Brandt, fest, dass Einladung und Erläuterungen sowie der Nachtrag zur heutigen Sitzung allen Beteiligten form- und fristgerecht zugegangen sind. Des Weiteren stellt er die Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Stadtentwicklung fest. Zunächst gibt er, Folgendes zur Information:

Öffentlicher Teil:

Es wird vorgeschlagen, die Tagesordnung um

- TOP 12 Antrag Grüne-Fraktion vom 30.10.2024;
hier: Umsetzung der satzungsgemäßen Streusalzverbotsregelung
- TOP 13 Bestellung einer Schriftführerin für den Ausschuss für Stadtentwicklung
zu **erweitern**.

Die Tagesordnungspunkt 13 muss vorgezogen und unmittelbar nach TOP 1 behandelt werden.

Die Erläuterungen zu

- TOP 3 Bericht der Verwaltung
- TOP 5 Widmung von Straßen im Stadtgebiet; hier: Alsdorf-Mitte Teil 2
- TOP 6 Sachstandsbericht des Eigenbetriebs Technische Dienste zu laufenden und noch durchzuführenden Baumaßnahmen im Bereich Straßen und Friedhöfe
- TOP 7 Antrag der GRÜNE-Fraktion vom 09.10.2024; hier: Neuaufstellung der Energie- und Versorgungsplanung in Alsdorf – Informationen aus Verwaltung und städtischen/regionalen Gesellschaften zum aktuellen Sachstand

TOP 9 Fraktionsantrag der GRÜNE-Fraktion im Rat der Stadt vom 18.09.2024;
hier: Einrichtung von Schulstraßen

TOP 10 Neuaufstellung Regionalplan;
hier: Beschluss über die Stellungnahme zur erneuten Offenlage des
Regionalplanes

wurden **nachgereicht**.

Nichtöffentlicher Teil:

Es wird vorgeschlagen, die Tagesordnung um

TOP 6 B-Plan 342 – Zollernstraße;
hier: Erhöhung des Ingenieurauftrages

zu **erweitern**.

Die Erläuterungen zu

TOP 1 Bericht der Verwaltung

TOP 2 Beauftragung des Eigenbetriebs Technische Dienste mit der
Umsetzung einer investiven Straßenbaumaßnahme;
hier: Ausbau der Jakobstraße

TOP 4 Barrierefreier Ausbau von 50 Bushaltestellen;
hier: Auftragserteilung der Bestandsvermessung

wurden **nachgereicht**.

Danach stellt der stellvertretende Ausschussvorsitzende, Herr Stv. Brandt, die Tagesordnung zur Abstimmung. Diese wird einstimmig mit den vorgetragenen Änderungen angenommen.

Es werden keine weiteren Anfragen angemeldet.

Nunmehr stellt der stellvertretende Ausschussvorsitzende, Herr Stv. Brandt, die Frage, ob sich ein Mitglied des Ausschusses für Stadtentwicklung zu einem der Tagesordnungspunkte der heutigen Sitzung für befangen erklärt. Dies ist nicht der Fall.

**Zu 2 Fragestunde für Einwohner/innen der Stadt Alsdorf gemäß § 17
der Geschäftsordnung**

Verkehrsberuhigende Maßnahmen an der Theodor-Seipp-Straße:

Herr Miethig, Anwohner der Theodor-Seipp-Straße, äußert seinen Unmut darüber, dass die verkehrsberuhigenden Maßnahmen, in Form von Fahrbahnschwellen, in der Theodor-Seipp-Straße zu starken Erschütterungen führen, so dass es bei den umliegenden Häusern zu Schäden (Haarrisse/Putz bröckelt) gekommen sei. Die Korre-

spondenz mit dem Dezernat I/ A 32 - Bürger- und Ordnungsamt wäre dabei keine Hilfe gewesen, da das Dezernat I/ A 32 - Bürger- und Ordnungsamt der Meinung sei, dass keine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung durch die Fahrbahnschwellen entstehe. Aus diesem Grunde bittet Herr Miethig, keine weiteren Fahrbahnschwellen zu installieren und die bereits vorgenommene Maßnahme zu überprüfen und nachzubessern.

Herr Janssen, B'90/DIE GRÜNEN, schlägt vor, einen Bauingenieur zur Überprüfung der Schadenslage zu befragen. Herr Technischer Dezernent Dziatzko gehe davon aus, dass das Dezernat I/A32 – Bürger- und Ordnungsamt seine Stellungnahme nicht ohne fachliche Prüfung getroffen habe.

Anmerkung der Verwaltung:

Eine Begutachtung der mutmaßlichen Schäden am Wohnhaus des Herrn Miethig wurde verwaltungsseitig nicht veranlasst. Es wurde auch nicht die Aussage getroffen, dass die mutmaßlichen Schäden am Gebäude nicht im Zusammenhang mit den Fahrbahnschwellen stehen können. Dies wurde verwaltungsseitig lediglich angezweifelt und in einem Antwortschreiben auf Folgendes hingewiesen: "Im Hinblick darauf, dass die umliegenden Wohnhäuser von den Fahrbahnschwellen auf der Theodor-Seipp-Straße mindestens 20 m entfernt sind, ist unter Berücksichtigung des beschriebenen Verkehrsaufkommens nach meiner Auffassung nicht davon auszugehen, dass durch die Fahrbahnschwellen eine Gefährdung der Sicherheit oder Ordnung für die angrenzenden Anwohner durch Erschütterungen entsteht."

Der Nachweis, dass die Fahrbahnschwellen ursächlich für mutmaßliche Gebäudeschäden sind, ist nach Meinung der Verwaltung von Herrn Miethig zu erbringen.

Montanstraße / Poststraße neue Bushaltestelle Euregiobahn – Neue Fahrradständer

Herr Bergs, Anwohner Montanstraße, bemängelt, dass an der neuen Bushaltestelle Montanstraße/Poststraße die installierten Fahrradständer nicht genutzt werden, da die Fahrräder an den Sicherheitsbarrikaden der Euregiobahn-Haltestelle festgemacht werden.

Herr Technischer Dezernent Dziatzko erklärt, dass es sich bei den Fahrradständern um eine kommunale Begleitmaßnahme handele, um den Radfahrerinnen und Radfahrern den Ein- und Umstieg zur Euregiobahn zu erleichtern. Die Maßnahme habe einen langen Planungszeitraum gehabt und wurde mehrfach im Ausschuss für Stadtentwicklung vorgestellt und beschlossen. Man sei zuversichtlich, dass die Bevölkerung mit der Zeit die neue Fahrradabstelleinrichtung annehme und nutze.

**Zu 3 Bericht der Verwaltung
2024/0316/A12
Entscheidung**

Herr Stv. Willms, SPD-Fraktion, bezieht sich auf TOP 6 der 14. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung vom 12.09.2023 – Bebauungsplan Nr. 361 – An den Eldern und fragt nach dem Sachstand. Zusätzlich fragt er an, warum dieser Punkt nicht mehr im Bericht der Verwaltung stehe.

Herr Technischer Dezernent Dziatzko erklärt, dass dieser Punkt bereits beschlossen und ausgeführt sei und darum nicht mehr im Bericht der Verwaltung stehe. Die frühzeitige Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung sei durchgeführt worden und es bestehen Bedenken, weshalb ein Treffen mit dem/der Investor/-in am Ende des Jahres anberaumt sei.

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende, Herr Stv. Brandt, fügt hinzu, dass es sich unter anderem um Entwässerungsproblematiken handele.

Herr Technischer Dezernent Dziatzko informiert, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung, nachdem man die Bedenken mit dem/der Investor/-in abgeklärt habe, über das weitere Vorgehen und die Ergebnisse informiert werde.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung der Stadt Alsdorf nimmt den Bericht der Verwaltung über die Durchführung der in der letzten Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung gefassten Beschlüsse und der noch nicht ausgeführten Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einmütig

**Zu 4 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW);
hier: Petition für mehr Verkehrsberuhigung in der Theodor-Seipp-Straße und der Aufstellung von Verkehrsspiegeln an der Ausfahrt der Toni-Baumanns-Straße in die Theodor-Seipp-Straße und an der Einfahrt von der Theodor-Seipp-Straße in die Elisabeth-Selbert-Straße
2024/0299/A32
Entscheidung**

Herr Technischer Dezernent Dziatzko erklärt, dass die verkehrsberuhigenden Maßnahmen aufgrund einer Petition seitens der Anwohnerinnen und Anwohner der Theodor-Seipp-Straße ausgeführt worden seien. Dies gelte insbesondere für die Theodor-Seipp-Straße bergab von Ofden in Richtung Tierpark kommend, da hier zahlreiche Geschwindigkeitsüberschreitungen festgestellt wurden. Dies liege in der Natur der Sache, da man bergab mehr an Fahrt aufnehme, sodass es für notwendig erachtet wurde, drei schwarz-gelbe Fahrbahnschwellen zu installieren. Die Verwaltung sehe es als gerechtfertigt an, dort aufgrund der festgestellten Sachlage entsprechende Fahrbahnschwellen zu installieren.

Herr Technischer Dezernent Dziatzko führt aus, dass an der Ausfahrt der Toni-Baumanns-Straße die Anbringung eines Verkehrsspiegels erforderlich sei. Es habe sich gezeigt, dass durch die festgesetzte Heckenpflanzung das Sichtdreieck linksseitig eingeschränkt ist. Das Sichtdreieck könne zum Teil durch Rückschnitt der betreffenden städtischen Grünfläche wiederhergestellt werden. Er erläutert, dass es sich dabei um die Ergebnisse handle, die aufgrund der Beobachtungen seitens des Ordnungsamtes und in Zusammenarbeit mit dem Planungsamt festgestellt wurden.

Herr Janssen, B'90/DIE GRÜNEN, bittet um Klärung der Auswirkung von Fahrbahn-

schwelen auf Schadensmängel bei den umliegenden Häusern und verweist auf den Beitrag des Einwohners Miethig. Er erklärt, dass seine Zustimmung nur erfolgen könne, sofern diese Bedenken ausgeräumt werden können.

Herr Technischer Dezernent Dziatzko verweist darauf, dass es sich vorliegend erst einmal nur um eine Kenntnisnahme handle und er sich um die Klärung der Anfrage des Einwohners Miethig bemühe. Er versichere, dass erst nach Rücksprache mit Herrn Ersten Beigeordneten Kahlen weitere Ausführungen gemacht werden können. Man wundere sich jedoch über die Aussage, dass die Fahrbahnschwellen zu Sachschäden an den Häusern der Anwohnerinnen und Anwohner führen, da weitere Meldungen diesbezüglich nicht bekannt seien und es sich womöglich um einen Einzelfall handle. Er führt aus, dass die Verwaltung täglich Anforderungen bekomme, entsprechende Fahrbahnschwellen aufgrund von überhöhter Geschwindigkeit an verschiedenen Orten im Stadtgebiet zu installieren. Die Verwaltung prüfe dabei genau, wo derartige Maßnahmen im Stadtgebiet sinnvoll und gerechtfertigt seien, um derartige Fahrbahnschwellen im gesamten Stadtgebiet zu vermeiden.

Herr Janssen, B'90/DIE GRÜNEN, bittet, diese mutmaßlich durch die Fahrbahnschwellen verursachten Sachschäden an den umliegenden Häusern zum Gegenstand der nächsten Ausschusssitzung zu machen.

Herr Stv. Brandt, CDU-Fraktion, merkt an, dass es sich bei den Maßnahmen um ein laufendes Geschäft der Verwaltung handle und der Ausschuss dies lediglich zur Kenntnis nehmen könne. Er merkt an und verweist auf den Beitrag des Einwohners Herrn Miethig, dass bei möglichen Sachbeschädigungen durch Fahrbahnschwellen ein derartiges Anliegen überprüft werden müsse.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Erläuterungen der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einmütig

**Zu 5 Widmung von Straßen im Stadtgebiet; hier: Alsdorf-Mitte Teil 2
2024/0301/A60
Entscheidung**

Herr Stv. Brandt, CDU-Fraktion, fragt nach Fragen oder Einwendungen. Es gibt keine weiteren Fragen oder Einwendungen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt gemäß § 6 Straßen- und Wegegesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NRW) folgende Gemeindestraßen als Hauptverkehrs-, Haupterschließungs-, Hauptgeschäfts- und Anliegerstraßen sowie Verbindungsgassen dem öffentlichen Verkehr zu widmen:

Ahrweg	-	Anliegerstraße
Alleestraße	-	Anliegerstraße
Am alten Rot-Weiß Sportplatz	-	Anliegerstraße
Bahnhofstraße	-	Hauptgeschäftsstraße
Carl-von-Ossietzky-Straße	-	Haupterschließungsstraße

Denkmalplatz	-	Hauptgeschäftsstraße
Eduardschacht	-	Anliegerstraße
Herzogenrather Straße	-	Haupterschließungsstraße
Konrad-Adenauer-Allee	-	Haupterschließungsstraße
Lindenplatz	-	Anliegerstraße
Rathausstraße	-	Haupterschließungsstraße
Robert-Koch-Straße	-	Haupterschließungsstraße
Römerstraße	-	Anliegerstraße
Saarstraße	-	Haupterschließungsstraße
Übacher Weg	-	Hauptverkehrsstraße
Wilhelmschacht	-	Anliegerstraße
Verbindungsgassen		

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig

Zu 6 Sachstandsbericht des Eigenbetriebs Technische Dienste zu laufenden und noch durchzuführenden Baumaßnahmen im Bereich Straßen und Friedhöfe
2024/0315/A60
Entscheidung

Herr Stv. Brandt, CDU-Fraktion, fragt nach Ergänzungen seitens des Eigenbetriebs Technische Dienste. Es gibt keine weiteren Ergänzungen, Fragen oder Einwendungen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt den Sachstandsbericht des Eigenbetriebs Technische Dienste zu laufenden und noch durchzuführenden Baumaßnahmen im Bereich Straßen und Friedhöfe zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:
Einmütig

Zu 7 Antrag der GRÜNE-Fraktion vom 09.10.2024 hier: Neuaufstellung der Energie- und Versorgungsplanung in Alsdorf - Informationen aus Verwaltung und städtischen/regionalen Gesellschaften zum aktuellen Sachstand
2024/0351/A60
Entscheidung

Herr Technischer Dezernent Dziatzko verweist auf den TOP 3 des nichtöffentlichen Teils der heutigen Sitzung. Er erklärt, dass der beigefügte Fragenkatalog erst beantwortet werden könne, wenn eine kommunale Wärmeplanung erstellt sei, sodass eine Äußerung seitens der Verwaltung (Stand 12.11.2024) nicht getroffen werden könne.

Herr Janssen, B'90/DIE GRÜNEN, erklärt, dass sich der Antrag der Grüne-Fraktion zeitlich überschritten habe.

Herr Technischer Dezernent Dziatzko erläutert, dass eine Beantwortung der Frage erst in oder nach 2025 möglich sein werde, dies dementsprechend noch Zeit erforde-

re.

Herr Janssen, B'90/DIE GRÜNEN, bittet um mögliche Zwischenberichte in dieser Angelegenheit. Ihm sei bewusst, dass dieser Prozess noch andauere. Herr Stv. Weyand, CDU-Fraktion, merkt an, dass es sich aus TOP 3 des nichtöffentlichen Teils bereits ergebe, dass die Angelegenheit weiterverfolgt werde. Er verweist darauf, dass die Verwaltung bereits die notwendige Arbeit geleistet habe.

Herr Janssen, B'90/DIE GRÜNEN, erklärt, den Antrag der Grüne-Fraktion zurückzunehmen.

Beschluss:

Die Grüne-Fraktion zieht den Antrag zurück.

**Zu 8 Änderung der Gestaltungssatzungen Alsdorf-Busch und Alsdorf
Blumenrath;
hier: Antrag der SPD-Fraktion im Rat der Stadt vom 26.07.2024
2024/0307/A61
Entscheidung**

Herr Technischer Dezernent Dziatzko verweist auf den TOP 3 des nichtöffentlichen Teils der heutigen Sitzung. Er erklärt, dass der beigefügte Fragenkatalog erst beantwortet werden könne, wenn eine kommunale Wärmeplanung erstellt sei, sodass eine Äußerung seitens der Verwaltung (Stand 12.11.2024) nicht getroffen werden könne.

Herr Janssen, B'90/DIE GRÜNEN, erklärt, dass sich der Antrag der Grüne-Fraktion zeitlich überschritten habe.

Herr Technischer Dezernent Dziatzko erläutert, dass eine Beantwortung der Frage erst in oder nach 2025 möglich sein werde, dies dementsprechend noch Zeit erfordere.

Herr Janssen, B'90/DIE GRÜNEN, bittet um mögliche Zwischenberichte in dieser Angelegenheit. Ihm sei bewusst, dass dieser Prozess noch andauere. Herr Stv. Weyand, CDU-Fraktion, merkt an, dass es sich aus TOP 3 des nichtöffentlichen Teils bereits ergebe, dass die Angelegenheit weiterverfolgt werde. Er verweist darauf, dass die Verwaltung bereits die notwendige Arbeit geleistet habe.

Herr Janssen, B'90/DIE GRÜNEN, erklärt, den Antrag der Grüne-Fraktion zurückzunehmen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, diese Angelegenheit weiter zu verfolgen. Die Verwaltung wird beauftragt, für eine der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Stadtentwicklung eine beratungsreife Vorlage zu erstellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**Zu 9 Fraktionsantrag der GRÜNE-Fraktion im Rat der Stadt vom
18.09.2024;
hier: Einrichtung von Schulstraßen
2024/0327/A61
Vorberatung**

Herr Hermanns, B'90/DIE GRÜNEN, erläutert, dass das Thema „Schulstraßen“ seit etwa einem Jahr ein viel besprochenes Thema sei. Es gebe Kommunen, die das Prinzip der Schulstraßen mit durchaus positiven Rückmeldungen getestet haben und man wünsche sich, eine Überprüfung aller Grundschulstraßen, inwiefern dort ein Aufkommen von Elterntaxis bestehe, wie hoch dieses Aufkommen sei und inwiefern eine Einrichtung von Schulstraßen zu einer Entzerrung der Problematik beitragen könne.

Herr Stv. Loosz, SPD-Fraktion, weist darauf hin, dass die SPD-Fraktion den Antrag ablehne. Dies sei damit zu begründen, dass es aus Kostengründen nicht umsetzbar sei und mit der Errichtung von Schulstraßen erhebliche Probleme für die Anwohnerinnen und Anwohner entstehen, da man derartige Vorhaben nur mit Pollern umsetzen könne. Man wolle die Fertigstellung der Baustelle in der Pommernstraße abwarten und in der Zwischenzeit Gespräche mit der Schule führen, Flugblätter verteilen und den Dialog mit den Eltern suchen. Man hoffe, dass man auf diesem Weg eine Einsicht der Eltern erreiche und eine Lösung finde.

Herr Stv. Weyand, CDU-Fraktion, führt an, dass die CDU-Fraktion den Antrag auch ablehnen werde. Er weist darauf hin, dass einige Kommunen wieder von den Schulstraßen Abstand nehmen würden, da sie festgestellt haben, dass die Schulstraßen im Endeffekt nicht den erwarteten Effekt gehabt hätten. Die Handhabung der Situation sei von Grundschule zu Grundschule unterschiedlich. Deshalb sehe man keinen Bedarf, sich in das Vorgehen der Schulen einzumischen, sondern wolle mit den Schulen kooperieren und zusammenarbeiten.

Herr Technischer Dezernent Dziatzko erläutert, dass das Konzept der Schulstraßen auf einem Erlass des Landes basiere, wodurch die Kommunen berechtigt seien, die Anliegerstraßen temporär für den allgemeinen Verkehr zu sperren. Erfahrungsgemäß würde das Aufstellen eines einfachen Schulstraßenschildes den Zweck verfehlen, da auch die bereits eingerichteten Park- und Halteverbote missachtet werden. Andere Lösungen, wie die Installation von versenkbaren Pollern oder Schranken, wären theoretisch möglich. Diese müssten jedoch so ausgestattet sein, dass die Zufahrt der Schulstraßen für Anwohnerinnen und Anwohner gewährleistet bleibe. Ohne konkrete Zahlen nennen zu können stehe außer Frage, dass eine solche Maßnahme sehr teuer werden würde. Er bezweifelt, dass dies zielführend sei und das Kernproblem so nur in umliegende Straßen verlagern würde. In der Städteregion gebe es keine Kommune, die Schulstraßen eingerichtet habe. Herr Technischer Dezernent Dziatzko regt ebenfalls an, den Dialog mit den Schulen zu suchen. Es gebe bereits Alternativen wie den „Walking Bus“ oder in Kellersberg-Ost einen Schulbusverkehr auf freiwilliger Basis.

Herr Hermanns, B'90/DIE GRÜNEN, merkt an, dass der Antrag darauf abziele, nur an den Orten Schulstraßen zu errichten, wo es Sinn mache ohne Anwohner/innen stark einzuschränken. Es sei gewünscht zu prüfen, wo Schulstraßen möglich wären und wo es Alternativen gebe. Es sei nicht gemeint, dass man an jeder betreffenden Schule Poller installiere und alles sperre.

Herr Technischer Dezernent Dziatzko greift einer Prüfung vorweg, dass Grundschulstandorte überwiegend in gewachsenen Gebieten angelegt seien. Insofern sei bei fast allen Schulstandorten eine Straße zu sperren, die an Wohnanlagen grenze. Herr Janssen, B'90/DIE GRÜNEN, führt an, dass er ein erhebliches Gefahrenpotential für Eltern und Kinder sehe.

Herr Stv. Willms, SPD-Fraktion, geht erneut darauf ein, dass die Sperrung von Straßen seitens der Kommune nicht die Lösung sein könne. Vielmehr müsse der Prozess zum Umdenken angeregt werden, nicht jedes Kind einzeln mit dem Auto zur Schule zu bringen und stattdessen wieder zu Fuß oder mit dem Fahrrad den Schulweg zurückzulegen.

Herr Stv. Weyand, CDU-Fraktion, stimme den Ausführungen von Herrn Willms, SPD-Fraktion, und Herrn Technischen Dezernenten Dziatzko zu. Er merkt jedoch an, dass es durchaus Aufgabe des Rates der Stadt sein solle, für diesen Umdenkprozess zu sorgen, indem man beispielsweise das Ordnungsamt vor Ort Präsenz zeigen lasse. Man habe auch in der umfangreichen Vorlage gesehen, dass es ohne Ordnungsamt wieder zu derartigen Situationen komme. Man könne allerdings auch nicht das Ordnungsamt permanent dort einsetzen, denn dazu fehle schlichtweg das Personal. Jedoch könne man die Schulen für einen gewissen Zeitraum in den Fokus setzen, um mit Sanktionierungsmöglichkeiten ein Umdenken zu fördern.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, diese Angelegenheit nicht weiter zu verfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Mit Mehrheit (bei 2 Gegenstimmen)

Zu 10 Neuaufstellung Regionalplan; hier: Beschluss über die Stellungnahme zur erneuten Offenlage des Regionalplanes 2024/0353/A61 Entscheidung

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende, Herr Stv. Brandt, begründet die Vorverlegung der heutigen Ausschusssitzung mit der Neuaufstellung des Regionalplans. Ein Beschluss müsse zeitig gefasst werden.

Herr Technischer Dezernent Dziatzko führt aus, dass der Bericht mit über sechzig Seiten der Tatsache geschuldet sei, dass es sich um einen sehr langwierigen Prozess handle. Man kenne dies aus der ersten öffentlichen Auslegung der Neuaufstellung des Regionalplans. Zur vereinfachten Darstellung des Inhalts habe man sich entschieden, dies grafisch aufzuarbeiten.

Herr Schulz, A 61 - Amt für Planung und Umwelt, erläutert diese Darstellung.

Herr Technischer Dezernent Dziatzko legt dar, dass die Verwaltung mit der neueren Offenlage wesentlich besser leben könne als mit der ersten Offenlage. In Schaufenberg habe man noch GIB-Flächen (Gewerbe- und Industriebereich) hinzubekommen.

Die geforderten Entwicklungsflächen des ASB (Allgemeiner Siedlungsbereich) habe man weitestgehend zugesprochen bekommen. Außerdem habe die Stadt Alsdorf eine 90 ha große Transformationsfläche als potentielle Osterweiterung hinzugewonnen. Diese Fläche liege auf dem Gebiet der Gemeinde Aldenhoven. Hier werde im Zuge einer interkommunalen Zusammenarbeit der vier Kommunen Alsdorf, Aldenhoven, Baesweiler und Linnich der „Future Mobility Park“ geplant. Herr Technischer Dezernent Dziatzko zeigt sich zufrieden mit den erhaltenen Entwicklungsflächen, da dies mehr sei als man erwartet habe.

Problematisch seien hingegen die regionalen Grünzüge, die flächendeckend im gesamten Außenbereich der Stadt Alsdorf festgelegt wurden, ohne fachliche Auseinandersetzungen mit dem Thema. Hier habe man später bei der Implementierung erneuerbarer Energien das Problem, dass man bezüglich der „regionalen Grünzüge“ jedes Mal in eine Einzelfallprüfung gerate, sodass die Bezirksregierung immer ein Mitspracherecht bei den Grünflächen haben werde. Herr Technischer Dezernent Dziatzko bezweifelt, dass diesbezüglich eine fachliche Auseinandersetzung mit dem Freiraum erfolgt sei. Es erschließe sich nicht, warum Flächen, die für intensive Landwirtschaft genutzt werden und auch zukünftig genutzt werden sollen, als regionale Grünzüge gelten. Besonders wichtig sei jedoch, dass man die Entwicklungsflächen, die im Rahmen der ersten Stellungnahme im Juli 2022 beschlossen wurden, verortet bekommen habe.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung der Stadt Alsdorf beschließt, die Stellungnahme zur Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln im Rahmen der erneuten Offenlage abzugeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 11 Anfragen und Mitteilungen

Zu 11.1 Anfragen und Mitteilungen - Anfrage der GRÜNE-Fraktion vom 09.10.2024; hier: Stadtexperiment Bahnhofstraße 2024/0329/A12 Entscheidung

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Stv. Brandt, verweist auf die Anfrage der Grüne-Fraktion.

Herr Technischer Dezernent Dziatzko erläutert, dass er zum jetzigen Zeitpunkt die Fragen noch nicht beantworten könne. Er führt aus, dass am 30.10.2024 eine Bürgerversammlung und Geschäftsleuteversammlung stattgefunden habe. Intern sei man nun dabei, die Rückmeldungen noch einmal auszuwerten, gewissen Themenbereichen zuzuordnen und daraus Rückschlüsse zu ziehen. Man warte, wie bereits auf der Bürgerversammlung kundgetan, noch auf den Endbericht der Verkehrsbeobachtung, der für Mitte November seitens des Büros zugesagt wurde. Dieser liege (Stand 12.11.2024) noch nicht vor, jedoch warte man täglich darauf. Man müsse diesen Endbericht dann ebenfalls prüfen und auswerten, sodass man die Fragen zum jetzigen Zeitpunkt als Verwaltung in der gebührenden Tiefe und Detailschärfe nicht beantworten könne. Gleichwohl werde die Verwaltung unaufgefordert in einer der nächsten Ausschusssitzungen unter Berücksichtigung der Weihnachtsferien eine

umfangreiche Mitteilungsvorlage einbringen, in der eine Auswertung des Stadtexperiments erfolge, sofern auch die Ergebnisse der Verkehrsbeobachtung bereits berücksichtigt werden können.

Zu 11.2 Anfragen und Mitteilungen
- Anfrage der GRÜNE-Fraktion vom 09.10.2024;
hier: RegioTram
2024/0330/A12
Entscheidung

Herr Technischer Dezernent Dziatzko führt zur ersten Frage der vorliegenden Anfrage aus, dass es zurzeit Zusagen in Höhe von 70 % Förderung vom Bund und 20 % Förderung vom Land für die Leistungsphasen 1 und 2 gebe. Die Federführung dieser Phase liege beim AVV. Des Weiteren gebe es Absprachen in der Städtereion, dass die fehlenden 10 % zwischen StädteRegion und Stadt Aachen aufgeteilt werden.

Zu der zweiten Frage beziehe er sich auf den Beschluss des Rates, die Verwaltung mit der Erstellung eine Standard- oder Mustervorlage für eine Organisations- und Finanzierungsstruktur zu beauftragen. Auch dies liege federführend beim AVV. Eine Mustervorlage werde voraussichtlich im zweiten Quartal des nächsten Jahres vorgelegt werden können. Der AVV habe hierfür ein externes Büro beauftragt. Als Organisationsform gebe es entweder die Möglichkeit einer GmbH oder eines Zweckverbandes. Zurzeit werde noch unter Hinzunahme externer Expertise geprüft, welche Lösung für dieses Projekt die beste sei. Sofern eine spruchreife Entscheidung vorliege, werde das Thema in die entsprechenden Gremien eingebracht. Darauf aufbauend werde auch die finanzielle Aufteilung geplant.

Zur dritten und vierten Frage führt er aus, dass die anstehenden Planungsaufträge derzeit, so die Aufteilung zwischen AVV und Stadt Aachen, von der Vergabestelle der Stadt Aachen vergeben werden. Die Stadt Aachen werde die Vorplanung bis zur Leistungsphase 2 ausschreiben. Geplant sei, noch dieses Jahr einen Submissionstermin festzulegen, sodass man Anfang des nächsten Jahres einen Auftragnehmer habe und man anfangen könne zu arbeiten. Man werde insofern die Räte der beteiligten Städte entsprechend einbinden, sobald Entwürfe der Vorplanung vorliegen und entsprechend vorgestellt werden können.

Zu 12 Antrag Grüne-Fraktion vom 30.10.2024;
hier: Umsetzung der satzungsgemäßen Streusalzverbotsregelung
2024/0355/A66
Entscheidung

Herr Technischer Dezernent Dziatzko nimmt wie folgt zu diesem Antrag der Grüne-Fraktion Stellung: Man könne die Forderungen der Grüne-Fraktion als Verwaltung so nicht leisten. Zum einen sei es satzungsmäßig geregelt, dass Streusalz nicht anzuwenden sei und man müsse an die Eigenverantwortung der Bürger/innen appellieren. Das Aufstellen von Behältern mit Splitt in jedem Stadtteil müsste entweder über Gebühren oder Steuern finanziert werden. Im Verhältnis zum geringen Schneevorkommen sei das Aufstellen von Behältern mit Splitt nicht zielführend. Derartige Behälter müssten zudem vom Eigenbetrieb Technische Dienste (ETD) ständig auf Vandalismus und Müllablagerungen kontrolliert werden. Außerdem müsse bei

Schneefall ein Mitarbeiter des ETD vom Winterdienst abgezogen werden, um bei erhöhtem Verbrauch aufgrund der Wetterlage die Behälter zu kontrollieren.

Frau Wirtz, A 66 - Eigenbetrieb Technische Dienste, ergänzt, dass man entsprechend der Warnmeldungen der Wetterdienste bedarfsgerecht Salz streue, damit die Straßen in einem verkehrssicheren Zustand seien. Man setze sich mit Alternativprodukten auseinander und würde grundsätzlich gerne nachhaltiger arbeiten. Der ETD werde sich noch einmal mit Sole auseinandersetzen. Das Problem sei, dass die jetzigen Anlagen nicht funktionieren haben. Es werde ein neues System getestet, um die Salzmenge zu reduzieren. Auch alternative Streumittel wurden bereits getestet, bei akuter Glätte würden diese jedoch nicht helfen.

Herr Hermanns, B'90/DIE GRÜNEN, fragt nach, inwieweit kontrolliert werde, ob die Bürger/innen Streusalz verwenden und ob dies gegebenenfalls auch sanktioniert werde, wenn es nicht zwingend notwendig sei.

Herr Technischer Dezernent Dziatzko erklärt, dass eine Kontrolle dieser Streusalzverordnung im konkreten Moment nicht möglich sei. Der Verkehrssicherungspflicht nachzukommen sei die höchste Priorität. Alle Mitarbeiter des ETD würden zusammengezogen werden, um den Winterdienst aufrecht zu erhalten. Daher könne man nicht alle Bürgersteige kontrollieren.

Herr Janssen, B'90/DIE GRÜNEN, merkt an, dass es möglicherweise sinnvoll sein könne, die Bevölkerung noch einmal darauf aufmerksam zu machen. Man sehe die Gefahr dadurch, dass Salzverkäufe in den Supermärkten stattfinden und somit suggeriert werde, dass Streusalz verwendet werden darf. Er schlägt vor, dass man eine Öffentlichkeitskampagne starte oder auf die Supermärkte einwirke.

Frau Wirtz, A 66 - Eigenbetrieb Technische Dienste, erläutert, dass einige Produkte im Einzelhandel verkauft werden, die man gerne verbieten wolle. Gegen den Verkauf dieser Produkte könne die Verwaltung nicht einschreiten. Man könne jedoch noch mal an die Bevölkerung appellieren.

Man könne Öffentlichkeitsarbeit betreiben und noch einmal einen Hinweis auf die Homepage setzen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, diese Angelegenheit nicht weiter zu verfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Mit Mehrheit (bei 2 Gegenstimmen)

Zu 13 Bestellung einer Schriftführerin für den Ausschuss für Stadtentwicklung 2024/0379/A12 Entscheidung

Dieser Tagesordnungspunkt wurde vorgezogen und nach TOP 1 behandelt.

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende, Herr Stv. Brandt, erläutert, dass aufgrund des hohen Krankheitsstandes im A12 – Amt für Rat und Verfassung Frau Kiziloglu zur Schriftführerin benannt werde.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung des Rates der Stadt Alsdorf bestellt Frau Claudia Kiziloglu zur Schriftführerin für seine Sitzungen.

Abstimmungsergebnis:

Einmütig

gez. Brandt
stellv. Ausschussvorsitzender

gez. Kiziloglu
Schriftführerin